

Protokoll der Parlamentssitzung

Freitag, 12. Januar 2007, 17.00 - 18.55 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP / Caminada Ignaz,
CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Maibach Urs, GB
	Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
	Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
	Berlinger Annemarie, SP	Oester Daniel, jfk
	Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
	Burren Christian, parteilos	Remund Jan, GFL
	Egli Claudia, SP	Rüeggsegger Elisabeth, SVP
	Fischli Liz, GB	Salvisberg Ueli, SVP
	Graber Martin, SP	Salzmann Christoph, SP
	Gysel Hermann, EVP	Schmid Hermann, SP
	Hänni Thomas, FDP	Sidler Rita, SP
	Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub Stephie, SP
	Köhler Hanspeter, FDP	Streiff Marco, EVP
	Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
	Lagger Valentin, CVP	Troxler Elsbeth, SP
	Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
	Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Bichsel Bernhard, jfk
Stähli Markus, parteilos

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Haudenschild Rita, GB
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Ackermann Judith, FDP	Streiff Marianne, EVP

Entschuldigt Studer Ueli, SVP

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

1. Protokoll	2
2. Wahl des Parlamentsbüros	2
3. Kommissionsersatzwahlen	2
4. Hertenbrunnen	
Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen	5
5. Regionale Kulturkonferenz; Subventionsverträge 2008 - 2011	
Botschaft; Direktion Bildung und Soziales	9
6. Reorganisation Feuerwehr Köniz	
Kredit; Direktion Sicherheit	13
7. Überparteiliche Motion Deuber/SP, Lagger/CVP, Haudenschild/GB betr. Änderung des Wahlreglementes für Exekutivämter	
Abschreibung 0412; Direktion Präsidiales und Finanzen	14
8. Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse	
Beantwortung 0617; Direktion Planung und Verkehr	14
6. Verschiedenes	14

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Sitzung des Parlamentes im Jahr 2007. Ganz herzlich begrüsse ich das neue Mitglied der FDP-Fraktion, Thomas Herren. Er nimmt den frei gewordenen Sitz von Barbara Mooser ein. Herr Herren, ich wünsche Ihnen viel Glück bei Ihrer Tätigkeit als Parlamentsmitglied und alles Gute im neuen Amt. Allen Anwesenden wünsche ich nachträglich noch alles Gute für das Jahr 2007. Ich hoffe, Ihr seid alle gut gestartet.

Herr Gemeinderat Ueli Studer erlitt in seinen Skiferien einen Unfall und musste operiert werden. Er ist guten Mutes und lässt alle herzlich grüssen. Wir wünschen ihm gute Besserung.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Das Parlamentsbüro entschied, die Frist für die Beantwortung der dringlichen Motion der Mitte-Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz (0631) um einen Monat, d.h. bis 11. Februar 2007 zu verlängern.

Per Post wurden Ihnen in einem Nachversand das Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. Dezember 2006 sowie eine Liste der unerledigten und der neu eingereichten Vorstösse per 18. Dezember 2006 zugesandt. Heute wurde Ihnen das Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. Dezember 2006 auf die Pulte verteilt. Die Genehmigung dieses Protokoll erfolgt an der nächsten Parlamentssitzung.

Traktandenliste

Herr Stefan Lehmann (SVP): Ich beantrage, Traktandum 8, Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse auf die Sitzung vom 12. Februar 2007 zu verschieben. Dies aus folgendem Grund: Der Ortsverein Niederscherli möchte zur Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse noch Stellung nehmen und hat deshalb das Thema für seine Hauptversammlung traktandiert, die jedoch erst am 20. Januar 2007 stattfinden wird.

Der Antrag von Stefan Lehmann auf Verschiebung von Traktandum 8 auf die Sitzung vom 12. Februar 2007 wird grossmehrheitlich angenommen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wie von Martin Graber bemerkt, wurde die überparteiliche Motion Deuber/SP, Lager/CVP, Haudenschild/GB betr. Änderung des Wahlreglementes für Exekutivämter (0412) bereits abgeschrieben. Das Postulat wurde am 21. März 2005 im Zusammenhang mit der Beratung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen abgeschrieben. Irrtümlich figurierte dieser Vorstoss weiterhin als unerledigt auf der Vorstossliste. Ich beantrage den Rückzug dieses Geschäftes.

Der Parlamentspräsident: Die Traktanden 7 (Überparteiliche Motion Deuber/SP, Lager/CVP, Haudenschild/GB betr. Änderung des Wahlreglementes für Exekutivämter und 8 (Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse) werden gemäss obgenannten Gründen von der Traktandenliste gestrichen.

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2006 wird genehmigt.

2. Wahl des Parlamentsbüros

Wahl des neuen Parlamentspräsidenten

Der Parlamentspräsident: Ich darf in wenigen Minuten den Stuhl des Parlamentspräsidenten verlassen. Wie Ihnen allen bekannt, bin ich kein grosser Redner. Ich möchte es jedoch nicht unterlassen, all jenen zu danken, mit welchen ich während meines Präsidialjahres zusam-

menarbeiten durfte. Für mich war dieses Jahr sehr lehrreich. Das Verhältnis mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlamentsbüro war sehr gut, vor allem mit der Parlamentssekretärin, Anita Fehlmann, welche mir jeweils die notwendigen Unterlagen bereitstellte. Ein besonderes Ereignis, an dem ich teilnehmen durfte, war die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Jungparlamentarierinnen und -parlamentarier in Bern, wo ich ein kurzes Referat hielt. Ich wurde von der Tochter unseres Parlamentsmitgliedes Evelyn Bühler angefragt. Da ich Diskussionen mit jungen Leuten über Politik liebe, sagte ich gerne zu. Wie stark sich diese jungen Leute mit Politik befassen, beeindruckte mich sehr.

Herr Hermann Gysel (EVP): Es ist mir eine grosse Ehre, Ihnen Ignaz Caminada von der CVP/EVP-Fraktion als Parlamentspräsident vorzuschlagen.

Einstimmig wird Herr Ignaz Caminada (CVP) zum Parlamentspräsidenten für das Jahr 2007 vorgeschlagen. (Applaus)

Herr Niklaus Hofer (SVP, abtretender Parlamentspräsident): Lieber Ignaz Caminada, ich wünsche dir alles Gute in deinem Präsidialjahr und ein erfolgreiches 2007.

Ein Harfenquartett der Musikschule Köniz (Noëmi Willi, Nathalie Sedlmayer, Alexandra Kull und Heidi Pfister) spielt zwei Musikstücke.

Antrittsrede des neuen Parlamentspräsidenten

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ein herzliches Dankeschön an die jungen Musikerinnen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl schenken. Im ausgezeichneten Drehbuch, das die Parlamentssekretärin Anita Fehlmann jeweils für die Parlamentssitzungen vorbereitet, steht geschrieben: "Caminada rutscht nach links". Das tue ich nun. Zuerst danke ich Niklaus Hofer für seine umsichtige und zielstrebige Führung der Parlamentssitzungen 2006. Nebst der Vorbereitung und Leitung der Parlamentssitzungen nahmst du an jeder GPK-Sitzung teil. Auch das Parlamentsbüro tagte im Jahr 2006 einige Male. Das heisst, du hast viel Zeit für uns geopfert. Ich überlegte mir, was man einem scheidenden Parlamentspräsidenten schenken könne, der nun plötzlich über viel Zeit verfügt. Mit dem heutigen Verlassen des Parlamentspräsidenten-Stuhles sieht dich deine Frau Marlise wieder öfters. Deshalb ist ein Kinogutschein sicher das Richtige. Ich danke dir, Niklaus, für deinen Einsatz und wünsche dir viel Gefreutes, einen gemütlichen Filmabend und weiterhin interessante Parlamentssitzungen. (Applaus)

Mit der Wahl zum Parlamentspräsidenten haben Sie mir neben der Ehre auch Pflichten übertragen. Ich werde versuchen, diese zu Ihrer Zufriedenheit zu erfüllen. Mein Motto ist, "Gemeinsam uf der Höch" oder "Gemeinsam sind wir stark". Ich vertraue darauf, dass wir uns gemeinsam durch das Jahr 2007 helfen werden. Jede und jeder kann seinen Teil dazu beitragen. Als Parlamentspräsident habe ich die Aufgabe, meine politischen Absichten zurückzustellen und mich ganz der Sitzungsleitung zuzuwenden. Dass es in unserem Parlament zu keinen Tumulten kommen wird und wir uns nicht - wie im italienischen Parlament - in die Haare geraten oder handgreiflich werden, zeigt mir die Erfahrung der letzten achteinhalb Jahre als Parlamentarier. Dass wir uns keine Schimpfwörter an den Kopf werfen, wie im deutschen Bundestag, beruhigt mich auch. Die beiden letzten zwei Parlamentssitzungen über den Voranschlag 2007 stellen in dieser Hinsicht wohl eher eine Ausnahme dar. Niklaus Hofer rief uns auf, einander nicht "Schnecken in die Tasche" zu schieben, sondern sich auf das eigentliche Geschäft zu konzentrieren. Ich nehme mir vor, uns beim Debattieren - sollten wir abschweifen - auf das zu behandelnde Kerngeschäft zurückzubringen. Als Sitzungsleiter habe ich die Aufgabe, immer präsent zu sein und dafür zu sorgen, dass jederzeit alles in korrekten Bahnen verläuft. Mein Vorgänger war dafür besorgt, dass die jeweiligen Zeitlimiten für die Reden gemäss Art. 39 des Geschäftsreglements des Parlamentes eingehalten werden. Nicht immer gelang es. Im Berner Stadtparlament wird bei Zeitüberschreitung das Mikrofon abgestellt. Solches haben wir in unserem Parlament (noch) nicht. Wie im Asylbereich - wo ich arbeite - könnten wir eventuell ein Bonus-Malus-System einführen. Wobei ich hier gewisse Schwierigkeiten sehe: Im Asylbereich wird bei Nichteinhaltung der Vorschriften das Taschengeld von 3 Franken/Tag gekürzt. Ihnen kann ich jedoch nicht die Redezeit kürzen. Am Schluss des Jahres könnte ich jenem Parlamentsmitglied einen Kaktus verleihen, das die Redezeit am häufigsten überschritten hat. Im Geschäftsreglement des Parlamentes steht in Art. 38: "Rednerinnen und Redner sollen bei der Sache bleiben, sich kurz fassen und den parlamentarischen Anstand wahren. Im Wiederholungsfall werden sie vom Präsidium ermahnt."

Nach erfolgloser Mahnung entzieht das Präsidium der betreffenden Rednerin, dem betreffenden Redner das Wort." Wir haben uns im Jahr 2007 11 Termine und 10 Ersatztermine für die Abhaltung von Parlamentssitzungen gesetzt. Es ist mein Ziel, das Parlamentsjahr 2007 zusammen mit dem Gemeinderat so zu planen, dass die Aufgaben möglichst gleichmässig auf die einzelnen Parlamentssitzungen verteilt werden. Dazu werde ich mit unserem Gemeindepräsidenten Luc Mentha zusammensitzen. Eine der sieben Fragen, welche mir die BZ-Journalistin im Zusammenhang mit meiner Wahl stellte, war, aus welchem Grund ich eine Parlamentssitzung abbrechen würde. Meine Antwort lautete, dass ich einer Sitzung nach spätestens 3 Stunden und 59 Minuten ein Ende setzen würde. Dies aus drei Gründen: Erstens kann ich mich - wie wahrscheinlich andere auch - nach einem vollen Arbeitstag nicht noch für eine vierstündige Sitzung voll konzentrieren. Zweitens können wir unseren Sparbeitrag erbringen, indem wir die Erhöhung des Sitzungsgeldes - die nach vier Stunden erfolgt - nicht beanspruchen. Drittens ist es nach 23.00 Uhr schwierig, eine Lokalität für den Schlummertrunk zu finden, respektive die Fraktionskolleginnen und -kollegen dazu zu motivieren.

Ich erklärte vorhin, dass ich meine politische Haltung für ein Jahr zurückstellen und versuchen werde, die Sitzungen möglichst neutral durchzuführen. Aus diesem Grund gebe ich keine Legislaturziele bekannt. Ich rufe in Erinnerung, dass wir von unseren Stimmberechtigten dafür gewählt wurden, die Parlamentssitzungen in deren Auftrag durchzuführen. In den letzten drei Jahren veränderte sich so Vieles hier im Saal, wie z.B., dass das Parlamentsbüro seinen Sitz nun auf dem Podium innehat. Das ist gut so. Vor ungefähr zwei Jahren machten wir uns Gedanken darüber, die Parlamentssitzungen im neuen Gemeindehaus abzuhalten. Leider ist der Innenhof dafür - obwohl er sehr gross aussieht - zu klein. Die Vorstellung jedoch, dass Zuschauerinnen und Zuschauer - würden die Parlamentssitzungen dort abgehalten - je nach Sitzungsverlauf Zucker oder altes Brot in den "Bärengraben" werfen könnten, amüsiert mich.

Für mich war klar, dass ich als Rahmenprogramm bei meiner Wahl zum Parlamentspräsidenten gerne die Könizer Musikschule einladen möchte. Ich danke Valentin Lager für seine Kontakte und ich freute mich, dass das Harfenquartett unter der Leitung von Barbara Hächler zusagte. Die Harfe ist ein sehr seltenes Instrument und es ist schön, dass wir hier das Vergnügen haben, zuhören zu dürfen. Auf Ihren Pulten finden Sie die Zeitschrift "Pro Musica" des Trägervereins der Musikschule Köniz. Die Zeitschrift erscheint zweimal jährlich. In dieser Zeitung werden jeweils interessante Themen rund um die Musik und die Musikschule behandelt. Wollen sie den Trägerverein der Musikschule unterstützen, finden Sie die geeigneten Unterlagen in der Zeitschrift.

Wahl der Vizepräsidenten

Herr Hugo Staub (SP): Zur Wahl als I. Vizepräsidenten schlage ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion Martin Graber vor.

Einstimmig wird Herr Martin Graber (SP) zum I. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2007 gewählt.

Herr Mark Stucki (FDP): Er ist kompetent, souverän und fair. Ich habe das grosse Vergnügen, Ihnen namens der FDP/jfk-Fraktion Harald Henggi zur Wahl als II. Vizepräsidenten vorzuschlagen.

Einstimmig wird Herr Harald Henggi (FDP) zum II. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2007 gewählt.

Wahl der Stimmenzählenden

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Wir schlagen Ihnen Elisabeth Rüegsegger als Stimmenzählende vor.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Im Namen der GB/GFL-Fraktion schlagen wir Ihnen Liz Fischli als Stimmenzählende vor.

Der Parlamentspräsident erklärt Frau Elisabeth Rüegsegger (SVP) und Frau Liz Fischli (GB) als Stimmenzählende für das Jahr 2007 als gewählt.

Der Parlamentspräsident: Ich bin sehr erfreut darüber, dass wir im Parlamentsbüro, nach einem Jahr mit fünf männlichen Mitgliedern, wieder etwas durchmischter sind. Niederscherli scheint für die Politik ein gutes Pflaster zu sein. Während meinen achteinhalb Jahren im Par-

lament wurde das Parlamentspräsidium jeweils durch Mitglieder aus Niederscherli besetzt. Während des Präsidialjahres von Christian Vifian kamen sogar drei Mitglieder des Ratsbüros aus Niederscherli.

Es folgt ein weiterer Musikvortrag der vier Harfenspielerinnen.

Der Parlamentspräsident: Ich danke den vier Harfenspielerinnen ganz herzlich für die schönen Klänge, die nicht oft gehört werden können. Herzlichen Dank auch an Frau Hächler.

Herr Balz verlässt das Parlament um 18.00 Uhr, somit sind noch 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

3. Kommissionersatzwahlen

Dieses Traktandum entfällt infolge fehlender Geschäfte.

4. Hertenbrünnen

Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Zurück zu den Sachgeschäften, was nach den schönen Klängen, die wir eben hören durften, ein wenig schwer fällt. An der Wand hängen Pläne und Fotos zu diesem Geschäft auf. Ausserdem wurden nachträglich diese Woche alle Fraktionen mit Unterlagen versehen, weil die uns Parlamentsmitgliedern zugesandten Unterlagen etwas dürrig waren.

Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Abgabe des Areals Hertenbrünnen im Baurecht an die Firma Frutiger AG zu einem Baurechtszins in der Höhe von 413'00 Franken pro Jahr. Das entspricht 35 Franken pro Quadratmeter BGF (Bruttogeschossfläche). Zudem soll der Gemeinderat ermächtigt werden, die definitiven Baurechtsverträge in eigener Kompetenz abzuschliessen. Die GPK durfte feststellen, dass die Höhe des Baurechtszinses in einem guten Rahmen liegt. Schliesst man vom Baurechtszins auf den Landwert, ergeben sich - je nach Zinssatz - zwischen 9 bis 11 Millionen Franken. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 624 bis 750 Franken. Die Firma Frutiger reichte das höchste Angebot ein. Mit dem gewählten Verfahren kann vom Wettbewerbsverfahren direkt ins Baubewilligungsverfahren übergegangen werden, d.h. wir wissen somit bereits, was geplant ist. Die Gemeinde wird dafür besorgt sein, dass das Projekt gemäss der vorgelegten Unterlagen durchgeführt wird. Die Vorlage entspricht den kantonalen bau- und planungsrechtlichen Vorschriften. Das anschliessende Bewilligungsverfahren läuft normal ab, d.h. mit den üblichen Einsprachemöglichkeiten.

Einige Worte zum Verfahren: Mit dem frühzeitigen Einbezug von fünf Generalunternehmen (Investoren) wollte die Gemeinde eine rasche und zielgerichtete Realisierung der Überbauung sicherstellen, die - wie zu lesen war - ein altes Versprechen ist, das nun nach 20 Jahren eingelöst wird. Fünf Architektenteams nahmen am Wettbewerb teil. Das Preisgericht bestand aus Sach- und Preisrichtern sowie 14 Experten ohne Stimmrecht, darunter Gemeinderäte, Mitarbeitende aus der Verwaltung, aus Generalunternehmen, weiteren Fachleuten und dem Präsidenten des Ortsvereins Schliern.

Einige Bemerkungen zum Projekt: Die fünf Investoren reichten sehr unterschiedliche Projekte ein. Unsere Vorgaben waren folgende: Es galt, die Hanglage zu respektieren, die beiden Teilgebiete sollen baulich unterteilt sein, die Bauweise der benachbarten Bauten sollte respektiert werden, der Umgang mit der nahen Muhlernstrasse (Abstand der Fassadenlinie ca. 10 Meter) war zu berücksichtigen und die Umgebungsgestaltung war sehr wichtig. Bezüglich der Vorgaben für die Verkehrserschliessung besteht eine Einigung mit dem Kanton, dass die Zufahrt zur Einstellhalle von der Muhlernstrasse her möglich ist, damit das Quartier möglichst von zusätzlichem Verkehr verschont bleibt. Die Fachjury wie auch die Investoren kamen einstimmig zur Überzeugung, dass das Projekt "Ecologement" der Architekten Aebi + Vincent aus Bern das beste ist. Das Gewinnerprojekt entsprach den meisten Vorgaben. Es enthält einen langen Riegel entlang der Muhlernstrasse zur Abschottung des Strassenlärms und acht kleinere rechteckige Bauten. Der Riegel macht das Wohnen in Richtung West-Ost möglich, wobei sich die sensiblen Räume wie Schlafzimmer im Westbereich befinden und die ostseitigen Laubengänge an Badezimmer und Küche vorbeiführen. Wichtig ist sicher auch der Minier-

giestandard, der das Wohnen attraktiv macht. Alle Bauten haben direkten Zugang zur Einstellhalle. Die unterschiedlichen Gebäude machen eine gute soziale Durchmischung möglich. Das Preisgericht hat die fünf Projekte, nach der Vorprüfung durch den Kanton, gemäss den folgenden Kriterien beurteilt: Die städtebauliche und architektonische Qualität der Gesamtlösung, die Integration ins Quartier, die Ausformulierung und die Qualität der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Aussenräume, die gestalterische und funktionale Ausbildung der Wohnungen und der Zugangsbereiche, die Wirtschaftlichkeit - ein möglichst hohes Kosten-Nutzenverhältnis in Erstellung und Betrieb -, die Flexibilität in Bezug auf die Marktfähigkeit der Wohnungen, die Realisierbarkeit und Etappierung - welche hier sehr gut möglich ist - und die Nachhaltigkeit. Ein Wort zu den anvisierten Mietzinsen: Für eine Viereinhalbzimmer-Wohnung (104 Quadratmeter inklusive Baurechtszins) ist ein Mietzins von 1'990 Franken/Monat vorgesehen. Für eine Viereinhalbzimmer-Eigentumswohnung (ca. 107 Quadratmeter) wird ein Verkaufspreis von 490'000 Franken anvisiert, dies exklusive Baurechtszins.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zuhanden der Stimmberechtigten der Abgabe des Areals Hertenbrünnen im Baurecht an die Firma Frutiger AG zuzustimmen. Mit 7 : 0 Stimmen empfiehlt die GPK dem Parlament, den Gemeinderat zu ermächtigen, die definitiven Baurechtsverträge in eigener Kompetenz abzuschliessen. Ebenfalls einstimmig empfiehlt die GPK dem Parlament - vor allem in Bezug auf das Bildmaterial -, die Redaktionskommission einzusetzen. Die eine Enthaltung betreffend der Empfehlung an das Parlament, das Areal Hertenbrünnen im Baurecht an die Firma Frutiger AG zu vergeben, basiert auf den Bedenken, dass die Einhaltung der geltenden Bauvorschriften nicht sichergestellt ist. Ich gehe davon aus, dass sich der Gemeindepräsident dazu äussern wird.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen. Wenn sich die Gemeinde Köniz weiterentwickeln will, ist unserer Fraktion klar, dass zuerst einmal die bestehenden Baulandreserven ausgeschöpft werden. Ebenfalls ist es richtig, dass diese Parzellen im Baurecht abgegeben werden, denn somit sind jährliche Einnahmen gewährleistet. Die Mitglieder der SVP-Fraktion sind vom vorgelegten Projekt beeindruckt. Wir erklären uns mit der Einsetzung der Redaktionskommission für die Überarbeitung der Botschaft einverstanden. Botschaften sind für die Stimmberechtigten oftmals schwer zu verstehen und bei der vorliegenden lässt das vorhandene Bildmaterial zu wünschen übrig.

Herr Urs Maibach (GB): Das etwas spezielle Vorgehen, anstelle der Erarbeitung eines Überbauungsplanes einen Wettbewerb durchzuführen, wurde bereits von Harald Henggi ausführlich dargestellt. Wir Mitglieder der Grünen Fraktion können hinter diesem Projekt stehen. Aufgrund der ersten Informationen, die uns zur Verfügung standen - insbesondere jene in der Botschaft - hatten wir noch einige wesentliche offene Fragen. Die in der Botschaft enthaltene Skizze macht es fast unmöglich, sich ein klares Bild über das Projekt zu machen. Es ist fast nicht zu erkennen, um welches Grundstück es sich handelt. Im Weiteren ist dem Botschaftstext nicht zu entnehmen, dass anstelle der Überbauungsordnung ein Architekturwettbewerb vorgenommen wurde. Auch ist nicht klar erwähnt - das wäre jedoch besonders wichtig -, dass die ZPP-Vorschriften gemäss Gemeindebaureglement im Projekt vollständig eingehalten werden mussten. Wir begrüssen den Aspekt der Nachhaltigkeit. Mit der Schliessung dieser Baulücke wird die Neuüberbauung eines grösseren Areals irgendwo ausserhalb des Zentrums vermieden. Wir begrüssen, dass der Minergiestandard erfüllt werden muss und auch, dass die Aussenräume ökologisch gestaltet werden und die SIA-Empfehlung 112, Nachhaltiges Bauen, mitberücksichtigt wird. Uns ist auch wichtig, dass die Gemeinde das Areal im Baurecht abgibt. Solches wurde von uns seit langem immer wieder gefordert. Die Gemeinde Köniz soll vom "Verscherbeln des Tafelsilbers" wegkommen. Jährliche Einnahmen aus Baurechtszinsen werden der Gemeinderechnung jedes Jahr von Neuem gut tun. Auch das ist Nachhaltigkeit. Dass die Erstellung eines Brunnens keine Vorgabe für den Wettbewerb war, ist in unseren Augen etwas schade, wird das Gebiet doch Hertenbrünnen genannt, und ein Brunnen wäre hier eine gute Ergänzung. Die GB/GFL-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft einstimmig zustimmen. Damit die Stimmberechtigten die Botschaft richtig und gut beurteilen und einschätzen können, ist es wichtig, die Angaben entsprechend zu ergänzen und detaillierter auszuführen. Der Botschaft muss klar entnommen werden können, dass die Gemeinde das Land im Baurecht abgeben wird. Auch muss der Botschaft klar entnommen werden können, dass in diesem Projekt die Vorgaben gemäss ZPP-Vorschriften des Gemeindebaureglementes erfüllt

sind und auch dem kantonalen Gesetz entsprechen müssen. Ebenfalls müssen klar erkennbare Bilder und Skizzen in der Botschaft enthalten sein. Das ist noch nicht der Fall. Auch wir empfehlen, dass sich die Redaktionskommission der Botschaft annehmen soll.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Die SP-Fraktion unterstützt alle Anträge des Gemeinderates betreffend das Areal Hertenbrünnen in Schliern. Wir schliessen uns der GPK-Empfehlung an und fordern, dass die Redaktionskommission die Botschaft genau unter die Lupe nehmen wird. Ich bin mir bewusst, dass es hier nicht um das Projekt an und für sich geht, trotzdem möchte ich es mir als Schliernerin nicht nehmen lassen, noch einige Bemerkungen anzubringen. Die SP-Fraktion ist vom Projekt überzeugt. Hier legte sich die Gemeinde wirklich "ins Zeug" und hat sowohl im ökologischen als auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich ein tolles Ergebnis erzielt. Das Projekt erlaubt eine gute soziale Durchmischung, so steht es in der Botschaft. Durchmischt wird zwar erst vom Mittelstand an aufwärts, aber für die Bevölkerungsstruktur in Schliern ist dies sehr gut. Die Mischung von Miet- und Eigentumswohnungen ist gelungen und war eine ausdrückliche Anregung des Ortsvereins Schliern. Wer eine Eigentumswohnung kauft, engagiert sich im Allgemeinen stärker in der Ortschaft und bleibt länger wohnen. Schliern braucht vor allem junge Familien. Die Studien zu den Bevölkerungsszenarien der Gemeinde Köniz sagen für Schliern in den nächsten zwanzig Jahren eine markante Veränderung voraus. So rechnet man mit 20 Prozent weniger Kindern, dafür werden 50 bis 60 Prozent mehr Menschen über 65 Jahre sein. Damit wirklich Familien mit Kindern nach Schliern ziehen, ist vor allem die Aussenraumgestaltung einer Überbauung sehr wichtig. Für diesen Aspekt hat das Projekt einiges zu bieten. Eine der Wettbewerbsauflagen war, dass die Kinder weiterhin an diesem Hang schlitteln können. Die Aussenraumgestaltung mit der offenen Landschaft in Parkform ohne Einzäunungen lässt das Schlitteln weiterhin zu. Wir fordern die Gemeinde auf, gerade in Bezug auf die Aussenraumgestaltung sehr aktiv zu bleiben und darüber zu wachen, dass bei diesem Projekt nichts verloren geht. Geht man vom zu überbauenden Hertenbrünnen-Areal nur etwa 10 Minuten zu Fuss weiter, befindet man sich in der Überbauung Schwandenhubel. Diese Überbauung ist ein trauriges Beispiel für eine familienfreundliche Überbauung, denn der Spielplatz besteht gerademal aus einem Sandkasten und einem kleinen Karussell. Für 90 Wohnungen ist dies sehr spärlich. Nicht zu vergessen ist die gute Verkehrserschliessung. Mit der Haupteerschliessung des Quartiers direkt über die Muhlernstrasse wird der Verkehr nicht durch das Wohnquartier geführt und die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr ist absolut perfekt.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Inzwischen wurde alles Wichtige zu diesem Geschäft gesagt. Ich fasse mich deshalb kurz: Die CVP/EVP-Fraktion hat Freude, dass hier ein nachhaltiges Projekt vorhanden ist. Nachhaltig für die Gemeinde auf der finanziellen Seite, denn der Baurechtszins wird regelmässig Jahr für Jahr in unsere Kasse fliessen. Auch die Zunahme der Bevölkerung wird der Gemeinde Köniz den Rücken stärken. Nachhaltigkeit ist auch im Projekt selber festzustellen. Der Minergiestandard, die sehr gute öV-Erschliessung und die Aussenraumgestaltung wurden bereits mehrmals erwähnt. Das Projekt ist - wie ebenfalls ausgeführt - nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäftes und wir werden alle im Rahmen des normalen Baubewilligungsverfahrens das Projekt noch genauer betrachten können. Es lohnt sich hier, die Stimmberechtigten zu motivieren, der Abgabe des Areals Hertenbrünnen im Baurecht am 11. März 2007 zuzustimmen. Wir stimmen der Einsetzung der Redaktionskommission für die Überarbeitung des Botschaftsentwurfes zu.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion steht hinter diesem Geschäft und wird die Anträge des Gemeinderates vollumfänglich unterstützen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes. Zuerst entschuldige ich mich für die wirklich zu knapp ausgefallenen Unterlagen. Wir wollten jedoch unbedingt die Frist wahren, damit die Stimmbevölkerung am 11. März 2007 über das Geschäft abstimmen kann. Ich kann vorweg erklären, dass wir mit der Einsetzung der Redaktionskommission einverstanden sind.

Ich möchte zu diesem Projekt noch einige Worte sagen: Schliern in seiner heutigen Form wird wohl nie den Wakkerpreis erhalten, den der Schweizerische Heimatschutz für vorbildliche Leistungen in Siedlungs- und Ortsbildentwicklung verleiht. Wir im Gemeinderat sind davon überzeugt, dass Hertenbrünnen den sehr heterogenen Ortsteil Schliern städtebaulich deutlich aufwerten wird. Das Projekt der Architekten Aebi + Vincent, die unter anderem für die laufende

Renovation des Bundeshauses verantwortlich sind und das Restaurant auf dem Niesen realisiert haben, passt sehr gut ins Quartier. Das Projekt holt das Maximum aus der ausgezeichneten topografischen Lage heraus. In diesem lärmgeschützten Park kommen die Hügellandschaft und die Weitsicht auf den Chasseral sehr gut zum Tragen. Wir investierten sehr viel Herzblut und Engagement in dieses Projekt und sehr wenig Geld. Die ganze Planung kostete uns bescheidene 50'000 Franken und beschert uns eine unter allen Aspekten betrachtet sehr schöne Lösung. Ich skizziere kurz das Verfahren: Wir haben die Investoren von allem Anfang an miteinbezogen. Wir wollten damit sicherstellen, nicht am Markt vorbei zu projektieren. Wir haben zusammen mit den Investoren fünf herausragende Architekturbüros gesucht und ein sehr ehrgeiziges Wettbewerbsprogramm ausgearbeitet. Ein erster Wettbewerb wurde gemäss SIA-Normen durchgeführt und die Jury - bestehend aus Fachjuroren, Investoren und Vertretern von Gemeinderat und Verwaltung - war sich sehr rasch einig, dass das Projekt "Ecologement" mit Abstand das beste ist. Dieses Projekt überzeugte alle. Wir führten einen zweiten Wettbewerb durch, wo Generalunternehmen Realisierungsangebote abgeben konnten. Für uns war nicht nur der Baurechtszins massgebend, sondern auch das Realisierungskonzept, das einen Zeitplan, die Qualitätssicherung, die Nachhaltigkeit und den Minergiestandard beinhalten sollte. Die Firma Frutiger AG reichte das beste Angebot ein. Zu den Aspekten Spielwiese, soziale Durchmischung, junge Familien für Schliern: Diese waren dem Gemeinderat ein grosses Anliegen. Ich ergänze hiezuh Folgendes: Die Gartengestalter Klötzli Friedli Landschaftsarchitekten AG, eines der besten Büros im Raum Bern, glänzten mit ihrem Projekt. Die Jury ist der Meinung, dass die Gestaltung der Aussenräume mustergültig ist. Die Firma Frutiger AG verpflichtete sich übrigens als einzige Firma, nicht nur die Architekten Aebi + Vincent, sondern auch Klötzli Friedli Landschaftsarchitekten AG von A bis Z miteinzubeziehen. Auch dieser Umstand trägt zur Qualitätssicherung bei. Damit ist garantiert, dass der Aussenraum wie geplant realisiert wird. Wir werden alles daran setzen, dass das Projekt nicht an Qualität verliert. Eine eigentliche Entleerung der Projektidee ist ausgeschlossen und wird infolge der bestehenden Vorschriften nicht möglich sein.

Ich skizziere kurz das Baubewilligungsverfahren: Das Areal liegt in der Zone für Planungspflicht (ZPP 8/2) und für solche muss grundsätzlich eine Überbauungsordnung erstellt werden. Das kantonale Baugesetz regelt jedoch in Art. 93, dass dann eine Ausnahme bewilligt werden kann, wenn ein Wettbewerb nach SIA durchgeführt wird. Genau dies ist hier der Fall. Deshalb werden die Baubewilligungsakten in erster Linie aufgrund des Wettbewerbsergebnisses beurteilt und ergänzend gelten die Bauvorschriften der Gemeinde Köniz, insbesondere ZPP 8/2 und das übergeordnete kantonale Baurecht. Wir sichern Ihnen zu, dass die Bauherrschaft ein Baubewilligungsgesuch auf der Basis des vorliegenden Projektes ausarbeiten wird. Dieses wird durch uns auf die Übereinstimmung mit den ZPP-Vorschriften und den kommunalen und kantonalen Baurechten geprüft. Die Baubewilligungsbehörde - das Regierungsstatthalteramt - wird das Projekt öffentlich auflegen. Somit können alle Betroffenen ihre Rechte wahren. Rechtsstaatlich ist das Verfahren absolut korrekt und sicher. Ich danke nochmals herzlich für die gute Aufnahme. Urs Maibach kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, dass im Projekt von Klötzli Friedli Landschaftsarchitekten AG ein Brunnen vorgesehen ist. Dieser war jedoch infolge der schlechten Unterlagen nicht ersichtlich.

Mit 37 : 0 Stimmen (Ziffer 1) und mit grossem Mehr (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:*
 - 1.1 *Der Abgabe des Areals Hertenbrünnen (Parzellen Köniz-Nrn. 398, 785, 1137, 1665, 8483 und 8484 resp. Teilen davon) im Baurecht (Vorvertrag) zu einem Baurechtszins von CHF 413'000.00 pro Jahr an die Frutiger AG wird zugestimmt.*
 - 1.2 *Der Gemeinderat wird ermächtigt, später die definitiven Baurechtsverträge in eigener Kompetenz abzuschliessen.*
2. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

5. Regionale Kulturkonferenz; Subventionsverträge 2008 - 2011

Botschaft; Direktion Bildung und Soziales

Herr Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): Gegenstand des vorliegenden Geschäftes ist die Erneuerung der Subventionsverträge zwischen der RKK (Regionale Kulturkonferenz) und den fünf wichtigsten Kulturinstitutionen der Stadt Bern. Diese sind das Stadttheater, das Berner Symphonie-Orchester, das Kunstmuseum, das Historische Museum und das Zentrum Paul Klee. Der RKK sind total 82 Gemeinden in der Region Bern angeschlossen. Der Beitrag der Gemeinde Köniz beläuft sich für die Vertragsperiode 2008 - 2011 pro Jahr auf 1'039'190 Franken. Die Subventionsverträge haben den Ausgleich der Zentrumslasten der Stadt Bern zum Ziel, d.h. nicht nur die Stadt Bern resp. der Kanton sollen die Ausgaben für diese fünf Institutionen bezahlen, sondern auch die Region, welche einen grossen Nutzen aus diesen Angeboten zieht, soll sich daran beteiligen. Die Revision des Kantonalen Kulturförderungsgesetzes hätte die Grundlage zu einem vereinfachten Genehmigungsverfahren schaffen sollen. Da die Revision nun zeitlich verzögert wird, ist es notwendig, die Verträge für die Subventionsperiode 2008 - 2011 noch einmal gemäss den bestehenden gesetzlichen Grundlagen auszuhandeln, d.h. in einem umständlichen Verfahren zur Abstimmung zu bringen.

Die Diskussion in der GPK zu diesem Thema war sehr spannend. Weshalb sollen diese fünf Institutionen unterstützt werden? Die neuen Verträge haben zum Ziel, die Institutionen so zu finanzieren, dass sie ihr Niveau halten und sich weiterentwickeln können. Die Abgeltung sei leistungsbezogen und die Wirkung eindeutig definiert, steht in der Botschaft geschrieben. Mit Wirkung sind Vorgaben in Bezug auf Besucherzahlen gemeint. Ich trage eine Reihe von bemerkenswerten Zahlen vor, damit wir über den Inhalt der Subventionen etwas Bescheid wissen und nicht einfach "die Katze im Sack" kaufen.

Die Institutionen werden zum Teil massiv subventioniert. Die Eigenfinanzierung liegt beim Historischen Museum mit 7 Prozent am tiefsten. Über die beste Ziffer verfügt in diesem Bereich das Zentrum Paul Klee mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 40 Prozent. Die Umrechnung der Vollkostenrechnung beim Stadttheater ergibt einen Subventionsbetrag von 265 Franken pro Eintritt. Für das Zentrum Paul Klee und das Kunstmuseum belaufen sich die Subventionen auf 36 respektive 60 Franken pro Eintritt. Diese Werte können jedoch nicht miteinander verglichen werden, da es sich um sehr unterschiedliche künstlerische Leistungen handelt. Die fünf obgenannten Institutionen erhalten von der Gemeinde Köniz etwas mehr als 1 Million Franken Subventionen pro Jahr. Für die Kultur in der Gemeinde (Kulturförderung, Kulturverein Haberhuus usw.) werden 338'000 Franken veranschlagt. Die Ausgaben pro Kopf betragen für die RKK-Verträge Fr. 27.66. Demgegenüber liegen die Kulturausgaben der Gemeinde Köniz pro Kopf bei Fr. 8.90. Die grössten Ausgabenposten in der Gemeinde sind: Das Kultursekretariat erhält 120'000 Franken, der Beitrag ans Haberhuus beträgt 90'000 Franken und für Beiträge an Gesuche für Kulturförderung sind 50'000 Franken vorgesehen. Einmalige Beträge an Musikschulen, an Mediotheken, an die Villa Bernau oder an Kunst im öffentlichen Raum sind hier nicht enthalten. Ein Vergleich: Die Gemeinde Bern gibt pro Kopf 258 Franken für Kultur aus. Mittels einem Vorstoss wurde verlangt, RKK-Beiträge für die Finanzierung des Haberhuus-Betriebes einzuholen. Dies gelang bis anhin nur einer nichtstädtischen Organisation, der Mühle Hunziken. Abklärungen der Gemeinde Köniz ergaben Folgendes: Würde das Haberhuus subventioniert, müssten im Kanton auch 12 ähnliche Institutionen subventioniert werden. Köniz ist im Vergleich mit anderen Institutionen zur Zeit ein kleiner Player, das kann sich jedoch noch ändern. Für den Gemeinderat ist der Beitrag der Gemeinde Köniz aus folgendem Grund gerechtfertigt: Die RKK-Gemeinden tragen 11 Prozent der Subventionskosten, stellen jedoch 28 Prozent der Besucher von RKK-Institutionen. Die RKK-Beiträge wurden allgemein leicht heraufgesetzt. Infolge der Steuerharmonisierung und der Berechnung der Einwohnerzahl senkt sich jedoch der Betrag der Gemeinde Köniz um 7'000 Franken.

Die Verträge mit den einzelnen Institutionen sind zum Teil normiert. Die Qualitätsförderung ist bei allen ähnlich formuliert. Die Institutionen müssen ein Konzept vorlegen und Weiterbildungen ermöglichen. Schulkindern soll ein einfacherer Zugang möglich gemacht werden und auch Menschen mit Behinderung soll der Zugang zu Vorstellungen durch geeignete Massnahmen ermöglicht werden. Anstrengungen für die Erschliessung von neuen Publikumskreisen, ohne das Stammpublikum zu verlieren, sind nur im Vertrag mit dem Stadttheater

formuliert. Ich wünsche mir ähnliche Formulierungen auch in den Verträgen mit den anderen vier Institutionen.

Meine Zusammenfassung: Jede grössere Stadt betreibt ähnliche Institutionen wie die hier beschriebenen. Diese Institutionen gehören zum kulturellen Grundangebot einer Landeshauptstadt. Einzelne Institutionen in Bern sind sehr innovativ, wie z.B. das Historische Museum, das die grossartige Einstein-Ausstellung durchführte. Das Stadttheater wird ab 2007 in den Vidmar-Hallen Aufführungen abhalten und somit wird die Gemeinde Köniz hier von Subventionen profitieren können.

Der Botschaftstext wurde - wie im Geschäft vorher - ebenfalls kritisiert. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten gemäss Antrag des Gemeinderates zu beschliessen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Redaktionskommission einzusetzen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP; in Vertretung des verunfallten Gemeinderates Ueli Studer, SVP): Das ganze Verfahren wurde mit grosser Sorgfalt und sehr transparent durchgeführt. Alle RKK-Gemeinden waren miteinbezogen. Ich bin noch zwei Antworten schuldig, welche anlässlich der GPK-Sitzung gestellt worden sind. Eine Frage betraf den Umstand, weshalb nicht in allen Leistungsverträgen Mieten ausgewiesen sind. Das Stadttheatergebäude gehört der Stadt Bern und deshalb muss die Theater-Genossenschaft Miete bezahlen. Die zweite Spielstätte des Stadttheaters ist in den Vidmar-Hallen eingemietet und die Besitzerin der Liegenschaft, die Firma Lista, verzichtet in den Jahren 2006/2007 auf die Erhebung von Mietzinsen. Für die weiteren Jahre ist die Miete im Vertrag eingerechnet. Die Museen gehören ausnahmslos den Stiftungen und aus diesem Grund ist in den Verträgen nur der Gebäudeunterhalt aufgeführt. Betreffend Abstimmungsbotschaft: Der Botschaftstext ist von der RKK-Geschäftsstelle vorgegeben. Alle 82 Gemeinden müssen über dieselbe Botschaft abstimmen und deshalb kann diese Botschaft nicht redaktionell überarbeitet werden.

Eintreten

Herr Valentin Lagger (CVP): Die Mitte-Fraktion sagt Ja zur Erneuerung der Subventionsverträge. Ja, weil wir der Meinung sind, dass sich die Stadt Bern diese grossen Kulturstätten leisten soll und muss. Ja, weil sich die Agglomeration an der Finanzierung dieser Institutionen beteiligen soll. Ja, weil Kultur allgemein gefördert werden soll. In dem Sinne hoffen wir, dass das Quorum für das Zustandekommen der Erneuerung der Subventionsverträge, mindestens zwei Drittel der RKK-Gemeinden mit drei Vierteln der Gesamtbevölkerung, erreicht wird. Selbstverständlich darf und muss über die Art der Kulturförderung und über Kultur allgemein diskutiert werden. Das soll jedoch im Rahmen der Erarbeitung eines Kulturkonzeptes in der Gemeinde Köniz geschehen. Das soll aber auch in einem breiteren Rahmen - RKK-Gemeinden - vorgenommen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade jener Betrieb, der nun endlich Mittel für seine Institution erhält (Mühle Hunziken), seinen Unmut relativ öffentlich darlegt und die Diskussion um die gesamte Kulturförderung anstösst. Selbstverständlich soll auch darüber diskutiert werden, dass jeder Eintritt ins Stadttheater - unter Miteinbezug des Berner Symphonie-Orchesters - mit mehr als 300 Franken subventioniert wird.

Frau Ursula Wyss (GFL): Die im Geschäft beschriebenen fünf Kulturinstitutionen sind für die Stadt, die Region und den Kanton Bern unbestritten bedeutsam. Sie können jedoch ohne Subventionen nicht überleben. Weil 28 Prozent der Besucherinnen und Besucher dieser fünf Institutionen aus der Region kommen, ist es naheliegend, dass die RKK-Gemeinden einen Teil der Subventionen übernehmen. Das sind in unserem Fall ungefähr 25 Prozent der gesamten Kulturausgaben. Wir als Standort einer Institution profitieren auch von diesen Subventionen. Natürlich wäre es schön, wenn z.B. das Haberhuus in Köniz, das nicht sehr traditionelle Kultur aufführt, ebenfalls durch die RKK subventioniert würde. Das wurde jedoch abgeklärt und von der RKK abgelehnt. Wenn das Schloss Köniz dereinst als kulturelles Zentrum ausgebaut würde, muss die Subventionierung einer erneuten Prüfung unterzogen werden. Bei den neuen Verträgen ist die Abgeltung zum ersten Mal leistungsbezogen. Damit ist eine gewisse Kontrolle möglich. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Institutionen ist verbindlich geregelt. Das ist in meinen Augen selbstverständlich, klappte jedoch in der Vergangenheit offensichtlich nicht immer. Köniz muss 7'000 Franken weniger Beitrag bezahlen als in der vorhergehenden Subventionsperiode. Alles in allem ist das Ganze eine gute Sache und

die GB/GFL-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

Zum Schluss noch ein kleiner Ausblick: In der Stadt Bern wurde die so genannte "Kulturlegi" eingeführt. Dies aufgrund einer Motion des Grünen Bündnisses. Damit können junge Leute, denen es sonst aus finanziellen Gründen unmöglich wäre, das Stadttheater, Museen oder Konzerte besuchen. Eine solche Kulturlegi würde der Gemeinde Köniz gut anstehen. Wir fordern den Gemeinderat auf, sich darüber Gedanken zu machen.

Herr Hans Moser (SVP): Alles Wichtige zu diesem Thema wurde bereits gesagt. Ich gebe die Meinung der SVP-Fraktion bekannt: Wir stimmen - etwas zähneknirschend zwar - dem Antrag des Gemeinderates zu. Ich gebe Folgendes zu bedenken: Die Theatergruppen der verschiedenen Dorfvereine der Gemeinde Köniz müssen zu 100 Prozent von den Einnahmen aus den Eintrittten leben. Wenn wir nun hören, wie hoch die Subventionen für diese fünf Institutionen der Stadt Bern sind, hoffen wir, dass damit qualitativ gute Leistungen erbracht werden.

Herr Peter Antenen (FDP): Für die FDP/jfk-Fraktion geht es im vorliegenden Geschäft nicht primär um Sinn oder Unsinn der Finanzierung von öffentlichen Institutionen. Für uns steht die nahtlose Verlängerung von bestehenden Verträgen zu Gunsten regionaler Kulturträger im Zentrum. Die begünstigten Institutionen sind auch für die Gemeinde Köniz von Interesse und bereichern die Region. Die FDP/jfk-Fraktion stimmt den Verträgen nicht nur deshalb zu, um Geld ausgeben zu können, sondern, um zu zeigen, dass wir in der RKK weiterhin als verllässlicher Partner gelten. Natürlich wird hier viel Steuergeld ausgegeben. Angesichts des hohen Niveaus, das diese Institutionen bieten, bzw. dem volkswirtschaftlichen Nutzen, scheint uns die Mitfinanzierung im Sinne einer nachhaltigen Nutzung für die Gemeinde richtig zu sein. Deshalb stimmt die FDP/jfk-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu.

Frau Anna Mäder (SP): Auch die SP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft vollumfänglich. Die Gemeinde Köniz ist die grösste Zahlerin der RKK-Gemeinden, jedoch auch die grösste RKK-Gemeinde. Wir unterstützen mit diesem Beitrag nicht nur die fünf grössten Kulturinstitutionen der Stadt Bern, wir unterstützen die Kulturinstitutionen der Region. Wir gehören zu dieser Region. Unsere Bürgerinnen und Bürger nutzen die Angebote in der Stadt Bern sehr intensiv. Demnach ist es folgerichtig, wenn wir uns an den Ausgaben beteiligen, denn Kultur ist nicht zum Nulltarif erhältlich. Der Betriebsbeitrag der Gemeinde Köniz ist einer der höchsten. Der Beitrag an die Musikschule Köniz ist jedoch wesentlich höher. Ich freue mich, dass die Gemeinde Rubigen zum ersten Mal davon profitieren kann, dass sie die Mühle Hunziken seit Jahren unterstützt und nun weniger Subventionen bezahlen muss. Ich bin froh zu lesen, dass die Gemeinde Köniz abklärte, ob auch das Haberhuus Anrecht auf Beiträge hat. Als Parlamentarierin aus Wabern hätte ich gerne gelesen, dass nicht nur im Haberhuus, sondern auch in der Villa Bernau wertvolle Beiträge an die Kultur der Gemeinde Köniz geleistet werden. Mir ist klar, dass die Bedeutung der Institutionen - Schloss Köniz und Villa Bernau - in keiner Art und Weise mit der Mühle Hunziken verglichen werden kann. Ich verstehe den Ärger des Betreibers der Mühle Hunziken zum Teil gut. Er musste viele Jahre für den Erhalt von - wenn auch bescheidenen - Subventionen für seinen Betrieb "ackern".

Ich komme zum Kernproblem: Wir unterstützen mit diesen Subventionen traditionelle bürgerliche Kulturinstitutionen. Wenn man sich mit Kulturpolitik befasst, kann man sich die Frage stellen, weshalb diese Subventionsmillionen immer in dieselben Institutionen fliessen. Weshalb werden damit nicht auch junge, innovative Projekte unterstützt? Die Stadt Bern entwickelte letztes Jahr eine Strategie für die städtische Kulturförderung. Zu diesem Thema steht im Internet Folgendes: "Für die direkte Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens, also zum Unterstützen von Projekten einzelner Kunstschaffender und freier Gruppen, stehen rund 10 Prozent des städtischen Kulturbudgets zur Verfügung. 90 Prozent sind vertraglich gebunden aufgrund von Subventionsverträgen mit Institutionen und Organisationen. Davon geht der Löwenanteil an die fünf grossen Einrichtungen. Dieses Verhältnis stimmt nicht. Es braucht mehr Geld zur Unterstützung einzelner Vorhaben aus denen immer wieder neue Impulse für die gesamte Kulturarbeit zünden." Auch die Stadt Bern macht sich Gedanken zu diesen Fragen. Wir würden gerne mitdiskutieren und nachfragen, weshalb nicht ein Pool für junge, innovative Kunst eingerichtet wird, in den staatliche Gelder in grösserem Umfang einfliessen. Im vorhandenen System ist dies nicht möglich. Deshalb ist es in meinen Augen richtig, dass der Kanton die RKK vorantreibt. Auch wenn wir hier im Parlament dann nicht mehr über diese Gelder beraten können, werden wir mit den neuen Gremien inhaltlich mehr einbringen können.

Immerhin - das soll auch gesagt sein - die fünf grossen Institutionen haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, um ein breiteres und jüngerer Publikum anzusprechen. Gerade die Vidmar-Hallen sollten in dieser Beziehung Chancen eröffnen.

Ich komme noch auf die bereits erwähnte Kulturlegi zu sprechen: Dieses Projekt ist gut. Wir haben ein solches Projekt in der Pipeline. Wir können der Kulturlegi der Stadt Bern nicht beitreten, da dies ein geschlossener Kreis ist. Wir sind jedoch der Meinung, dass sich die Gemeinde dafür einsetzen soll, damit Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz eine solche Kulturlegi erwerben können.

Ich komme zum Schluss: Vielleicht fragt sich der eine oder andere, weshalb Kunst überhaupt mit Steuergeldern finanziert werden soll. Sicher deshalb, weil Kunst wirtschaftlich positive Effekte hat und integrativ wirkt. Das sind jedoch nur sekundäre Effekte. Grundsätzlich wird Kunst deshalb mit Steuergeldern finanziert, weil Künstlerinnen und Künstler eine Art Service public leisten. Sie stellen uns Fragen, öffnen Bilder, Sichtweisen und Perspektiven. Kunst fördern heisst somit auch Demokratie fördern. Das muss sich eine Gesellschaft leisten. Um es mit den Worten des berühmten Dirigenten Nicolas Harnoncourt zu sagen: "Kunst ist der Spiegel, in den wir schauen müssen." Ich bin der Meinung, leisten wir uns diesen Spiegel, und das mit Freude.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes und für die Unterstützung. Die Kulturlegi ist im Kulturkonzept bereits enthalten und es wird eine regionale Lösung angestrebt. Im Zusammenhang mit dem neuen Kulturkonzept haben wir die Chance, zusammen die Fragen, wie viel uns Kultur in der Gemeinde und regional Wert ist, zu diskutieren.

Mit 37 : 0 Stimmen (Ziffern 1 und 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten folgenden Beschluss zu fassen:*

1.1 *Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Subventionsverträge mit der Theatergenossenschaft Bern (Stadttheater), der Stiftung Berner Symphonie-Orchester, der Stiftung Kunstmuseum Bern, der Stiftung Bernisches Historisches Museum und der Stiftung Zentrum Paul Klee zu unterzeichnen. Die Laufzeit der Verträge beträgt vier Jahre, vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011.*

1.2 *Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Köniz bewilligen den nachstehenden Institutionen folgende jährlich wiederkehrenden Beiträge:*

<i>Theatergenossenschaft Bern (Stadttheater)</i>	<i>CHF</i>	<i>453'572.00</i>
<i>Stiftung Berner Symphonie-Orchester</i>	<i>CHF</i>	<i>241'014.00</i>
<i>Stiftung Kunstmuseum Bern</i>	<i>CHF</i>	<i>114'521.00</i>
<i>Stiftung Bernisches Historisches Museum</i>	<i>CHF</i>	<i>124'932.00</i>
<i>Stiftung Zentrum Paul Klee</i>	<i>CHF</i>	<i>105'151.00</i>
<i>Total</i>	<i>CHF</i>	<i>1'039'190.00</i>

Während der Vertragsdauer erfolgen keine zusätzlichen teuerungsbedingten Anpassungen der Abgeltung.

1.3 *Wenn die Subventionsverträge im Sinne von Art. 13e oder 13f des Kulturförderungsgesetzes zustande gekommen sind, werden die Beiträge als gebundene Ausgaben in den jährlichen Voranschlag aufgenommen.*

1.4 *Die Laufzeit der Verträge gemäss Abs. 1 kann durch einen Beschluss des Vorstands der Regionalen Kulturkonferenz Bern (RKK) um ein Jahr verlängert werden, sofern sich dies im Hinblick auf das In-Kraft-Treten der revidierten Gesetzesgrundlagen als nötig und sinnvoll erweist.*

2. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.*

6. Reorganisation Feuerwehr Köniz

Kredit; Direktion Sicherheit

Frau Stephanie Staub (SP; GPK-Sprecherin): Die Gebäudeversicherung Bern (GVB) leistet im Kanton Bern Beiträge an Gemeindefahrzeuge der Feuerwehr. Diese Beiträge stehen in Abhängigkeit bezüglich Personal, Material und Einsatzgeräte. Die Feuerwehr Köniz erhält 130'000 Franken im Jahr. Laut den Anforderungen wie Gemeindegrösse, Bevölkerungsdichte und Brandversicherungswerten, sollte die Gemeinde Köniz über zwei Tanklöschfahrzeuge (TLF) verfügen. Bei der Reorganisation der Feuerwehr im Jahr 2000 einigte man sich in Absprache mit der GVB darauf, nur ein TLF anzuschaffen. Man entschied sich stattdessen für Zusammenarbeitsverträge mit umliegenden Gemeinden, die die Unterstützung mit einem zweiten TLF im Brandfall garantieren. Dies betrifft den Ortsteil Wabern und das Wangental (Zusammenarbeit mit den Gemeinden Muri und Neuenegg). Da jedoch Vorschriften vorhanden sind, dass eine Brandstelle im besiedelten Gebiet innert 10 Minuten und im unbesiedelten Gebiet innert 15 Minuten erreicht werden muss und dies vor allem für die obere Gemeinde (Gasel, Mengestorf, Ober-, Niederscherli und Mittelhäusern) nicht gewährleistet werden kann, musste für diesen Teil eine andere Lösung gefunden werden. Die Gemeinde Oberbalm verfügt über kein eigenes Fahrzeug und Schwarzenburg ist zu weit entfernt. Das Kommando der Feuerwehr Köniz entschied sich dazu, die Einsatzzüge 3 (Gasel-Mengestorf) und 4 (Ober-, Niederscherli-Mittelhäusern) zusammenzulegen. Der Standort des Einsatzzuges 3 ist das Magazin Niederscherli. Im Investitionsplan 2007 war für die Einsatzzüge 3 und 4 der Ersatz der Einsatzfahrzeuge (Typ Chevi ohne Wasser) vorgesehen. Nun wird beantragt, den neuen Einsatzzug 3 mit einem neuen wassermitführenden Ersteinsatzfahrzeug auszustatten, das gleich viel kostet wie die beiden im IVP vorgesehenen Einsatzfahrzeuge. Die Anschaffung ist somit kostenneutral. Durch die Zusammenlegung der beiden Löschzüge kann auf die Anschaffung einer Motorspritze verzichtet werden, womit 45'000 Franken eingespart werden. Die Feuerwehr der Gemeinde Köniz wird mit der Anschaffung dieses Kleintanklöschfahrzeuges schlagkräftiger. Der oberen Gemeinde erwachsen durch die Zusammenlegung der beiden Einsatzzüge auch keine Nachteile. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen. Ich teile die Meinung der SP-Fraktion mit: Wir stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Eintreten

Herr Marco Streiff (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Ich danke an dieser Stelle dem Gemeinderat und der Verwaltung für den ausführlichen Bericht und den Beilagen zu diesem Geschäft. Wer sich im Feuerwehr-Handwerk etwas auskennt, weiss, dass im Brandfall ohne Einsatz eines TLF's nicht viel auszurichten ist. Erst mit einem TLF kann wirksam interveniert werden. Wenn das Brandereignis gross ist, sind in der Regel mehrere TLF's notwendig. In Wabern und im Wangental sind Zusammenarbeitsverträge mit den Gemeinden Muri und Neuenegg für den Einsatz deren TLF's vorhanden. Da ein solcher Zusammenarbeitsvertrag mit einer anderen Gemeinde - wie gehört - für die obere Gemeinde nicht möglich ist, ist es sinnvoll für den neuen Einsatzzug 3 ein Kleintanklöschfahrzeug anzuschaffen. Gerade in der oberen Gemeinde sind die vielen einzelnen Bauernhäuser mit grossen Fahrzeugen schlecht zu erreichen. Ausserdem ist im Magazin Niederscherli kein Platz für ein grosses TLF vorhanden. Da die Einsatzfahrzeuge vom Typ Chevi ohnehin ersetzt werden müssen, ist der Zeitpunkt für die Anschaffung sinnvoll. Betreffend der Zusammenlegung der Einsatzzüge 3 und 4 in der oberen Gemeinde möchte ich Folgendes sagen: Die Sicherheit für die Bevölkerung und die Qualität des Feuerwehrwesens bleiben, trotz der personellen Reduzierung, gewährleistet. Die Feuerwehr Köniz ist mit über 200 Feuerwehrleuten gross und sehr gut ausgebildet, und bei einem grossen Ereignis in der oberen Gemeinde werden sicher andere Einsatzzüge der Gemeinde beigezogen. Mit der Stationierung des neuen Kleintanklöschfahrzeuges im Magazin Niederscherli kann der Einsatzzug 3 sofort eingreifen und muss nicht auf das TLF aus Köniz warten.

Herr Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Als langjähriges Mitglied der Feuerwehr Köniz begrüsse ich die Stationierung eines Kleintanklöschfahrzeuges in der oberen Gemeinde. Dieses ist für den Einsatz bei den vielen abgelegenen und oft schlecht zugänglichen Einzelhöfen geeigneter als ein grosses TLF.

Herr Urs Maibach (GB): Aufgrund der Grösse unserer Gemeinde sollten wir gemäss den Vorschriften über zwei TLF verfügen. Da die Lösung mit dem Einsatz von TLF anderer Gemeinden für die obere Gemeinde Köniz nicht möglich ist, ist es in unseren Augen absolut gerechtfertigt, ein zweites TLF anzuschaffen. Damit wird die Löschkraft der gesamten Feuerwehr der Gemeinde Köniz verstärkt. Die Zusammenlegung der beiden Einsatzzüge 3 und 4 zu einem Einsatzzug 3 für die obere Gemeinde ist mit einem Personalabbau um etwa 20 Feuerwehrleute verbunden. Die Neustrukturierung muss Gewähr bieten, dass dadurch keine nachteiligen Folgen entstehen. Dies wurde uns glaubwürdig versichert. Wir vertrauen hier auf die Verantwortlichen für die Feuerwehr. Die GB/GFL-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke bestens für die positive Aufnahme des Geschäftes und für Ihre Unterstützung. Sie helfen damit, dass die Feuerwehr - vor allem in der oberen Gemeinde - schlagkräftiger wird. Die Bevölkerung der oberen Gemeinde wird Ihren Entscheid sicher begrüssen.

Herr Valentin Lager verlässt das Parlament um 18.45 Uhr, somit sind noch 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Für die Anschaffung eines Feuerwehr-Kleintanklöschfahrzeuges, gemäss vorliegendem Pflichtenheft, wird ein Kredit von CHF 300'000.00 zu Lasten Konto Nr. 635.506.0126 bewilligt.

7. Überparteiliche Motion Deuber/SP, Lager/CVP, Haudenschild/GB betr. Änderung des Wahlreglementes für Exekutivämter

Abschreibung 0412; Direktion Präsidiales und Finanzen

Da diese Motion bereits abgeschrieben ist (siehe Seite 2), entfällt das Traktandum.

8. Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse

Beantwortung 0617; Direktion Planung und Verkehr

Dieses Geschäft wird - gemäss Beschluss (Seite 2) - auf die Sitzung vom 12. Februar 2007 verschoben.

9. Verschiedenes

Der Parlamentspräsident: Folgender Vorstoss wurde eingereicht:

0701 Interpellation FDP betr. Expertenbeizug und externe Mandate

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): An der letzten Sitzung wurde nach der Frequentierung der Linie 16 gefragt. Die Abklärungen bei BERNMOBIL ergaben die Benutzerzahlen des ersten Quartals 2006. Wir rechnen mit dem Erhalt der Benutzerzahlen für das ganze Jahr 2006 bis Mitte Jahr. Diese werden Ihnen sofort nach Erhalt mitgeteilt.

Der Parlamentspräsident: Die nächste Sitzung findet am 12. Februar 2007 um 19.00 Uhr statt. Wir dislozieren nun zur Präsidentenfeier ins kirchliche Zentrum St. Josef.

Schluss der Sitzung 18.55 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Ignaz Caminada

Anita Fehlmann